

SonntagsZeitung

Zähes Ringen um die Arbeitszeiterfassung



Die Gewerkschaften pochen auf GAV, Arbeitgeber wollen ihn vermeiden

Zürich Der Umgang mit Arbeitszeit und ihre Erfassung hat in den vergangenen Monaten viel Staub aufgewirbelt: Gewerkschaften und Verbände reichten Anzeigen gegen die Medienunternehmen Ringier, SonntagsZeitungs-Herausgeberin Tamedia und die NZZ ein, Arbeitsinspektoren standen bei Goldman Sachs vor der Tür, und das Verwaltungsgericht zwang das Kinderspital zur Einhaltung des Arbeitsgesetzes. Zwar gibt es klare Gesetzesvorgaben

(siehe Box). Gewisse Branchen haben sich um diese aber über Jahre hinweg wenig gekümmert – mit der Begründung, sie seien nicht zeitgemäss. Nun mahlen die Mühlen der Verwaltung: Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) arbeitet bis Ende des Jahres an einer Antwort auf die Frage, wie man künftig die Arbeitszeit von Mitarbeitern messen muss. Eine schwierige Frage in Zeiten, geprägt von unregelmässigen Arbeitseinsätzen, Homeoffice, dauernder Erreichbarkeit und der Volkskrankheit Burn-out.

In der Wirtschaft wird derzeit hitzig diskutiert. Einzelne Unternehmen feilschen mit den Arbeitsinspektoren um akzeptable Lösungen. Die Sozialpartner der betroffenen Branchen diskutieren am runden Tisch mit dem Seco. Speziell im Fokus: die Banken- und Versicherungsbranche, Spitäler und Medienhäuser. Mancherorts herrscht Nervosität. Im Herbst laufen für einige Banken Fristen aus. Können sie die Arbeitszeiten der Mehrheit ihrer Mitarbeiter nicht lückenlos belegen, drohen am Ende Bussen, die gegen einzelne Personen gerichtet sind – etwa Personalchefs oder CEOs. «Die erste Stufe der Eskalationsrakete ist gestartet», sagt Balz Stückelberger, Geschäftsführer vom Arbeitgeberverband der Banken in der Schweiz.

Sozialpartner sind offen für branchenspezifische Lösungen

Um die Kohlen aus dem Feuer zu holen, hat die Bankbranche den freisinnigen Nationalrat Hans-Peter Portmann um Lösungsvorschläge gebeten. Portmann sitzt im Präsidium des Zürcher Bankenverbandes und hat einen Konsens ausgemacht. Arbeitgeber und Arbeitnehmer wären dazu bereit, sich in branchenspezifischen sozialpartnerschaftlichen Vereinbarun-

gen über die Arbeitszeiterfassung zu einigen, sagt der FDPLer. Dazu bräuchte es seiner Ansicht nach keine Gesetzesänderung, sondern nur eine Änderung der Verordnung, welche die genauen Vorgaben zur Zeiterfassung enthält. Das Seco könnte die Änderung der Verordnung vorschlagen, findet Portmann, und macht Druck: Sollte sich das Staatssekretariat der Idee verweigern, hat er eine Motion vorbereitet, die er in der nächsten Session einreichen will. Sie schlägt ebenjene Verordnungsänderung vor und könnte laut Portmann «vom Bundesrat binnen eines Monats umgesetzt werden».

Auf Arbeitgeberseite erntet die Initiative Lob. «Die Portmann-Motion wäre richtig und zeitgemäss», sagt Anwalt André Clerc, der für den Verband Schweizer Medien mit den Behörden verhandelt. Der Verband stellt sich die Arbeitszeiterfassung ungefähr so vor: Journalisten müssen künftig nur Arbeitsperioden erfassen, die über die vertraglich vereinbarte Arbeitszeit hinausgehen. Das Wichtigste sei den Medienhäusern die Vertrauensarbeitszeit, sagt Clerc. Davon könnten Journalisten auch profitieren. «Bringt ein Journalist einen Artikel in sechs Stunden zu Blatt und spielt die restlichen zwei Stunden Tennis, ist das doch super für ihn.» Bezahlt werde heute Leistung statt Arbeitszeit.

Auch die Bankbranche setze Hoffnung in den sozialpartnerschaftlichen Weg, sagt Arbeitgebervertreter Stückelberger. Bis Ende August wolle das Seco mit den Dachverbänden zum Thema diskutieren. «Die Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbände sind aufgeschlossen für branchenspezifische Lösungen», ist Stückelberger überzeugt.

Das stimmt im Kern, nur bahnt sich bereits ein neuer Konflikt an. Es geht um die Frage, in welchem Rahmen Vereinbarungen festgelegt werden. Portmann schwebt vor, dass diese nicht notwendigerweise in Gesamtarbeitsverträgen verankert sein müssen. Die Sozialpartner auf der Arbeitnehmerseite pochen dagegen darauf, dass das Thema im Rahmen von GAVs geregelt wird. «Es darf nicht sein, dass einzelne Unternehmen nur dort bereit sind, mit den Sozialpartnern zu verhandeln, wo sie gerade akute Interessen haben», sagt Manuel Keller von KV Schweiz. »Das hätte was von Rosinenpickerei.« Denise Chervet, Geschäftsführerin des Bankpersonalverbandes, befürchtet, dass Vereinbarungen ausserhalb eines GAVs die Gesamtarbeitsverträge langfristig schwächen könnten. «Irgendwann gibt es dann womöglich keine GAVs mehr oder nur noch leere Hüllen.» Dennoch glaubt Chervet, dass für ihre Branche grundsätzlich eine Lösung gefunden werden kann.

Die Arbeitszeit bleibt das Faustpfand der Gewerkschaften

Schwieriger sieht es in den Medien aus, denn Journalisten arbeiten in der Deutschschweiz ohne Gesamtarbeitsvertrag. Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbände wittern nun Morgenluft für GAV-Verhandlungen mit den Verlagen. «Unsere Gremien und Mitglieder sehen keine Möglichkeit, bei der Arbeitszeiterfassung einer gelockerten Form Hand zu bieten, solange keine funktionierende Sozialpartnerschaft existiert. Nur so können wir die Gesundheit der Journalisten schützen», sagt Urs Thalmann, Geschäftsführer von Impressum. Das Faustpfand Arbeitszeit wolle man «ganz sicher nicht aus der Hand geben».

Die Unternehmen selbst sind derweil hektisch am Organisieren, um bei den Gesprächen mit den Arbeitsinspektoren Fortschritte vorweisen zu können. Ab Januar 2015 will etwa die ZKB die geltenden Anforderungen für alle Mitarbeiter erfüllen. Tamedia prüfe derzeit ver-

schiedene Systeme zur Arbeitszeiterfassung, sagt Sprecher Christoph Zimmer. Das brauche aber seine Zeit.

Cornelia Krause